

B R I V



ALZ

Erscheint monatlich 2 mal
zum 15. und 1. des Mts.

Organ des
Bundes revolutionärer Industrie-Verbände

Einzel-Nummer 10 Pfg.
Vierteljahresabonnement
durch die Post 90 Pfg.

15. Januar 1933

Verantwortlich für Verlag und Redaktion: Mag Schmidt, Berlin SO 16, Brückenstr. 8 II.
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2582 und 0488.

6. Jahrgang Nr. 2

Unsterbliche Opfer, Ihr sanftet dahin...

Zum 14. Todestage Karl Liebknechts und Rosa Luxemburg.

Das Blut der Besten der weltumspannenden Internationalen, der unvergeßlichen Führer der sozialistischen Weltrevolution, wird neue und immer neue Massen von Arbeitern stählen zum Kampf auf Leben und Tod. — Das waren die Worte Lenins aus Anlaß der vierhundertjährigen Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburg. 14 Jahre sind seitdem verflossen, neue Ströme von Arbeiterblut sind geflossen, 5 Jahre später, am 21. Januar 1924, mußte auch Lenin an den Folgen eines Attentats allzufrüh für das revolutionäre Proletariat der ganzen Welt Karl und Rosa folgen. Sie leben nicht mehr und doch sind sie uns unvergeßlich. Das Vermächtnis unserer Toten fand Wiederhall in Millionen von Arbeiterherzen, es in die Herzen und Hirne aller Arbeitenden zu pflanzen, muß die Aufgabe eines jeden klassenbewußten Proletariats sein, denn die Weltrevolution ist nicht aus. Solange der Kapitalismus besteht, solange es also Ausbeutung, Elend, Kriege und Wirtschaftskrisen gibt — solange erlischt der revolutionäre Funke nicht, solange droht derselbe stets zur großen Flamme zu werden.

Karl und Rosa sind die Mitbegründer der kommunistischen Partei gewesen, die Inkohärenz und das Lavieren

der selben rüttelte schwer an deren Existenz, an ihrem Aufbau zur proletarischen Massenorganisation. Große Auseinandersetzungen über die Gewerkschaftsfrage und die Parteidemokratie haben dazu geführt, daß viele Tausende der Besten dieser Partei heute abseits stehen, ausgeschlossen und mit den schäblichsten Mitteln bekämpft werden, anstatt vereint in einer Klassenfront der anstürmenden Reaktion entgegen zu treten. Dieses und die Zerreißen der proletarischen Klassenfront durch die verräterische Tolerierungspolitik der Sozialdemokraten schufen die Voraussetzung für die faschistische Welle, die das deutsche Proletariat in die schwärzeste Reaktion zurückzuwerfen droht. Rosa, Karl und Lenin haben uns das Vermächtnis hinterlassen, schärfsten Kampf gegen alle reformistischen Gebilde und Organisationen zu führen. Wir handeln daher in ihrem Sinn, wenn wir wirken für den Aufbau starker Klassenkampforganisationen als Aktionsposten, als Rekrutierungsschulen für die Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit. Der Geist unserer großen Toten soll uns Industriebekämpfern Richtschnur sein bei allen unseren Handlungen. Seit der Ermordung unserer Unvergeßlichen ist die kommunistische

Partei groß geworden, und doch sind die Arbeitermassen den wichtigsten Schlägen des Kapitals ausgesetzt, weil diese Partei mit ihrer K.O.-Politik eine Zersplitterung und Verwirrung in den Reihen des revolutionären Proletariats hervorgerufen hat, die dem anstürmenden Proletariat, anstatt Wegweiser zu sein, die Kampfkraft lähmte. Die Worte Rosa Luxemburgs, das Ziel der Reise des Proletariats und seiner Befreiung hängt davon ab, ob das Proletariat versteht, aus den eigenen Irrtümern zu lernen, das mögen sich die Führer der kommunistischen Partei zu Herzen nehmen, und danach handeln.

Wir gedenken der vielen Opfer des Kampfes und geloben, unermüdet in ihrem Sinne zu wirken. Kampf gegen Reformismus, Militarismus und Faschismus bis zur Niederringung der ausbeutenden Reaktion im Sinne des strikten Klassenkampfes. Der Klassenkampf geht über Siege und Niederlagen, aber in diesem Auf und Ab wird die Arbeiterklasse gestärkt, geschult, bis der Tag kommt, wo die Wogen der Empörung und Begeisterung den Moloch Kapitalismus niederwerfen werden, der in Blut und Eisen seine Herrschaft halten will.

Bunker-Politik.

Die Agrarier verlangten von der Regierung Schleicher, daß sie ihnen Verdienst zuschanze, deshalb wurde ein Mittel gesucht, um das Volk zu zwingen, mehr Butter zu verbrauchen. Da aber die Verdienstmöglichkeiten der breiten Masse es nicht zulassen, Butter für den Brotaufstrich zu verwenden, und sich mit der billigen Margarine begnügen müssen, hat man einen Ausweg gefunden, um trotzdem mehr Butter zu verbrauchen, indem man, gestützt auf Artikel 48 der Reichsverfassung notverordnet, daß der Margarine ein bestimmter Prozentsatz Butter beizumischen ist. Wir können nur nicht als gewöhnliche Sterbliche so recht begreifen, was die Margarine verborgen hat, daß man hierzu den Artikel 48 Abs. 2 der Reichsverfassung anwenden muß.

Dieser Artikel heißt:

„Der Reichspräsident kann, wenn im Deutschen Reiche die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährdet wird, die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen treffen, erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten.“

Daß die Margarine durch Beimengung von inländischen Fetten und Butter schmackhafter gemacht werden soll, ist anscheinend damit nicht beabsichtigt, denn die Verordnung verbietet, daß im Verkehr mit Margarine und Kunstspeisefett auf den Umhüllungen, Bezeichnungen oder öffentlichen Bekanntmachungen in Wort und Bild auf Milch, Butter oder Milcherzeugnisse hingewiesen wird. Das Wort „Butterersatz“ wird also verboten sein, verboten auch, zu sagen, „schmeckt ebenso gut wie Butter“. Ebenso darf auf den Reklameplakaten keine Kuh abgebildet werden, weil auf Grund des Artikel 48 der Reichsverfassung, der den Schutz von Sicherheit und Ordnung bezweckt, dieses verboten ist.

Aus Fachkreisen gibt man bekannt, daß die Margarine nach der Beimengung von Butter ranzig und damit ungenießbar werden muß, weil Margarine an sich länger auf ihren Verbrauch warten muß als die frische Butter. Zwar läßt die Regierung jetzt erklären, daß der Margarine Benzoesäure beigemischt werden soll, dann hält sie sich länger, und die Fachkreise sagen wieder, Holland hat diese Mischung schon seit längerer Zeit versucht und die Ware hält trotzdem nicht so lange wie Butter oder Margarine allein.

Doch das ist ja auch letzten Endes nebensächlich. Hauptsache ist, daß den Agrariern damit geholfen wird und ihnen Gewinn zufließt. Diese Kreise verlangen die völlige Sperre jeglicher Buttereinfuhr, damit sie ihre Ware zu den von ihnen bestimmten Preisen dem Volke aufzwingen können. Zugleich soll ihnen auch durch die Margarinefabrikation ein weiterer Gewinn zufließen, indem verordnet wird, daß bei der Herstellung von Margarine inländische Tierfette wie Talg, Schmalz in bestimmten Prozentsatz zu verwenden sind,

weiterhin der Anbau von Delsaaten dadurch gefördert wird, daß in bestimmten Umfange die Betriebe verpflichtet werden, inländische Delsaaten zu verwenden. Daß dadurch eine Verteuerung des einzigen Luftstrichmittels, das sich die Millionen Erwerbslose, Kleinrentner und auch im Betrieb beschäftigte Arbeiter mit ihren elenden Hungerlöhnen nur noch leisten können, einsehen muß, geben selbst die Fachkreise zu und wird diese Verordnung im Reichstag der Anlaß einer Debatte sein, der sehr leicht zur erneuten Auflösung des Reichstags führen kann. Man spricht in gewissen Kreisen schon von Margarine-Wahlen. Am 24. Januar wird der Reichstag zusammentreten. Hinter den Kulissen werden schon fieberhaft Erwägungen angestellt und Pläne geschmiedet. Mit einer im politischen Leben noch nicht dagewesenen Charakterlosigkeit treten diejenigen, die sich noch bei den letzten Wahlen als unüberbrückbare Gegner gegenüberstanden, in persönlichen Ausdrücken zusammen. Hitler, der den früheren Reichskanzler Papen in der schärfsten Form bekämpfte, und immer wieder in seiner Presse erklärte: „Schärfster Kampf gegen Papen, Papen hat von der politischen Bildfläche zu verschwinden“, verhandelt jetzt mit demselben Papen in Köln, Papen erklärte zu dieser Zusammenkunft den Vertretern des Conti Nachrichtenbüros folgendes:

„Anläßlich meiner Reise nach Düsseldorf zu meiner Mutter, habe ich mit Herrn Hitler eine politische Aussprache in Köln gehabt. Wie mir mitgeteilt wird, knüpft ein Teil der Berliner Presse an die Meldung hierüber Kommentare, die frei erfunden sind, so insbesondere die Darstellung, als ob die Unterredung mit Herrn Hitler eine Spitze gegen den Reichskanzler oder die gegenwärtige Regierung gehabt habe. Das Gegenteil ist der Fall. Die Aussprache hat sich ausschließlich um die Lösung der Frage gedreht, der schon die Arbeit des letzten halben Jahres gewidmet war, der Frage der Eingliederung der NSDAP, in eine nationale Konzentration.“

Also mit Papen in trauester Gemeinschaft. Will Hitler damit eine Empfehlung bei Hindenburg bekommen? Papen erklärt zwar, daß die Aussprache sich nicht gegen Schleicher gerichtet habe, aber alles deutet darauf hin, daß sich diese Kreise über das Thema Regierungsbildung sehr ernst unterhalten. Schleicher hat eine Aussprache mit Strasser, den er vielleicht als künftigen Vizekanzler oder Reichskommissar sehen möchte. Auch mit Röhm soll die Verbindung aufgenommen sein. Hitler selbst wünscht nichts sehnlicher denn Ruhe, weiß er doch, daß durch Neuwahlen eine weitere Flucht der Wähler aus der Hakenkreuzillusion herbeigeführt wird, er schießt daher nach einem Ausweg, die peinliche Entscheidung im Parlament aufzuhalten. Er hat genug zu tun, seinen eigenen Laden zusammenzukiffen. All diese Machinationen unter dem Deckmantel der nationalen

Konzentration beabsichtigen, Hitler in das Regierungssystem einzufügen, bedeuten für die Arbeiterklasse einen noch schärferen reaktionären Kurs. Die Sozialdemokratie, die ja erklärte, der nationalen Konzentration eine Chance zu geben, wird auch weiterhin nach außen den Massen gegenüber in Opposition stehen, in Wirklichkeit jedoch jede kapitalistische Regierungsform stützen, da sie ja der Arzt und nicht der Totengräber des kranken Kapitalismus sein will. Die KPD spricht von Einheitsfront mit allen Proletariern, wenn diese jedoch eine eigene Meinung haben und sich nicht hundertprozentig dem Parteiwillen unterordnen, dann sind es Renegaten, Konterrevolutionäre, dann werden sie von dieser Partei bekämpft. Die widersinnige K.O.-Politik hat die Arbeiter mehr zerrissen denn alles andere.

Sie hat die revolutionären Kräfte zersplittert und hunderttausende von Arbeitern ins Lager des Indifferentismus getrieben, diese sind damit auch der politischen Aktion entzogen. So kann es nicht weitergehen, wenn der Einheitsfront des Kapitals die Einheitsfront des Proletariats gegenübergestellt werden soll. Die Margarinefrage zeigt, daß alle Notleidenden immer wieder geschöpft werden zu Gunsten des Kapitals und daß die Wagenfrage bei allen Proletariern die gleiche Bedeutung hat. Deshalb sind auch starke wirtschaftliche Klassenkampforganisationen notwendig, wenn die politische Reise des Proletariats zur Herbeiführung der Beseitigung des kapitalistischen Profitsystems erfolgen soll.

Erneuter Kriegszug Japans.

Die Kanonen donnern erneut im fernen Osten. Japan hat mit der Motivierung daß China durch Zusammenziehung von Truppen die Grenze der Mandschurei, die von Japan mit brutaler Gewalt besetzt wurde, gefährdet, die Stadt Schanhaikwan, nach einem zweitägigen Bombardement in einen Trümmerhaufen verwandelt. In den Straßen die Stadt liegen die Leichen von Hunderten von chinesischen Soldaten und Zivilisten, Männern, Frauen und Kindern. Nach vorläufigen Berichten sollen die chinesischen Verluste 3000 Tote und Verwundete betragen. Es ist ohne weiteres klar, daß hier ein Vorwand gesucht wurde, um erneut einen Raubzug gegen China zu konstruieren.

Die „Argumente“, die die japanischen Imperialisten für ihren räuberischen Ueberfall auf die Stadt Schanhaikwan anführen, ähneln aufs Haar jenen „Argumenten“, die wir schon im September 1931 beim Einmarsch in die Mandschurei und im Januar 1932 beim Bombardement auf Schanghai hörten. Da wird von „Provokationen“ der Chinesen gesprochen, von „unrechtmäßigen und bedrohlichen Truppenzusammenziehungen“, von „Gefährdung des Lebens japanischer Staatsangehöriger“ usw.

Frech erklärten die Japaner, chinesische Soldaten hätten das Hauptquartier der japanischen Gendarmerie in Schanghai ohne Grund angegriffen, und als sich daraufhin eine Abteilung Soldaten zum Südtor der Stadt begeben hätte, um Aufklärung zu verlangen, hätten die chinesischen Truppen das Feuer auf die japanischen Soldaten eröffnet. Wer glaubt noch solchen Schwindel. Aber Japan kann sich solche Frechheiten erlauben, weil es bei dem Raubzug der Mandschurei die schwächliche Haltung des Völkerbundes sah. Vielleicht wird auch der Völkerbund wieder die Entsendung einer Untersuchungskommission beschließen, die nach einem weiteren Jahr feststellen wird, daß Japan nicht nur in der Mandschurei, sondern in ganz Nordchina „sehr wichtige Interessen“ besitzt und daß die „anarchischen Zustände“ im Inneren Chinas eigentlich schuld daran sind, daß die „unschuldige“ japanische Regierung ein paar Soldaten nebst dem notwendigen Zubehör nach der Provinz Jehol entsandte, um diese zu annektieren. Inzwischen wird aber der Kriegsbrand sich weiter ausbreiten und kann vielleicht schon in den nächsten Monaten zu einem Weltbrand werden. Die Befestigung und räuberische Annexión der Mandschurei, eines unzweifelhaft chinesischen Gebietsteiles, stellte nur den Anfang des Raubzuges des japanischen Imperialismus dar, der sich die Aufteilung und völlige Kolonisierung Chinas zum Ziel gesetzt hat. Die japanische Bourgeoisie erklärt, das japanische Volk sei ein „Volk ohne Lebensraum“, leide an Uebersättigung und müsse deshalb neue Gebiete haben, wohin es seinen Geburtenüberschuß unterbringen könne.

In Wirklichkeit handelt es sich bei dem japanischen Raubzug in China um die reichen Rohstoffquellen Chinas, nach denen die japanischen Finanzkapitalisten verlangen; um die Ausbeutung der billigen chinesischen Arbeitskräfte; um die Eroberung des chinesischen Absatzmarktes; um die Sicherung der militärischen und politischen Vormachtstellung am Stillen Ozean. Die Verschärfung der kapitalistischen Weltkrise stellt den Kampf um die Neuaufteilung der Welt unter den imperialistischen Mächten, um die Beherrschung der Einflusssphären am Stillen Ozean, auf die Lageordnung und treibt den japanischen Imperialismus zu seinen blutigen Raubzügen, wobei er sich der Unterstützung der europäischen imperialistischen Mächte gewiß ist.

Die imperialistischen Gegensätze prallen jedoch bei weiterem Raubzuge Japans in China infolge der Interessensphären der kapitalistischen Länder, vornehmlich Amerikas, Englands und Frankreichs, heftig aufeinander und können sich sehr leicht zu einem Weltbrand entwickeln.

Schon berichtet der Telegraph aus Washington, daß die Regierung der Vereinigten Staaten in dem neuen Feldzug der japanischen Truppen eine ernste Bedrohung der Interessen des amerikanischen Imperialismus in China erblickt, und der Staatssekretär des Auswärtigen, Stimson, erklärte, daß die Vereinigten Staaten unter keinen Umständen eine japanische Machterweiterung dulden werden, die die bestehenden Abkommen unter den imperialistischen Mächten über die Aufteilung der Einflusssphären verlegt.

England hat Kriegsschiffe entsandt, angeblich um die Interessen seiner Staatsangehörigen zu sichern. Inzwischen werden auch ohne Kriegserklärung die imperialistischen Raubpläne mit Bomben und Tausenden von Menschenopfern verwirklicht. Auch im entgegengesetzten Erdteil, in Südamerika, wird durch die imperialistischen Machtgelüste

ohne Kriegserklärung die Gefahr eines Krieges zwischen Kolumbien und Peru akut. Kolumbianische Kriegsschiffe haben sich mit starken Truppenkräften und allen modernen Menschenvernichtungsgeräten an Bord, stromaufwärts nach Leticia in Bewegung gesetzt. Brasilien hat an Peru und Kolumbien eine Note gerichtet, daß es zum Schutz des Amazonasstromes seine Flottenstreitkräfte und auch Flugzeuge mobilisieren wird. Ueberall steuern die Machtgelüste der Imperialisten, die Profitgier der herrschenden Kapital-

häusern auf einen neuen Weltbrand zu. Die Arbeiterklasse der ganzen Welt hat alle Ursache, die Phrasen von Abrüstung, Friedensbeteuerungen und Nichtangriffspakten als das zu betrachten, was es ist, die unmittelbare Gefahr erneuter Kriegsverwicklungen. Die Arbeiterklasse will keinen Krieg, sie hat keine anderen Feinde diesseits und jenseits der Grenzen als ihre Ausbeuter. Für den Kampf gegen diese muß es seine ganze Kraft zusammenschweißen.

Industrie-Verband für das graphische Gewerbe

Graphische Arbeiter und Arbeiterinnen.

Kolleginnen und Kollegen.

Ein Jahr des größten Verrats hinter uns, ein Jahr, in dem man das Proletariat preisgegeben hat der Not und dem Elend, ein Jahr, wo man der Masse einen Anschauungsunterricht zuteil werden ließ, der voll und ganz genügen sollte, daß die Erkenntnis sich Bahn brechen müßte, bis hierher und nicht weiter. Aber was muß man leider feststellen? Das Proletariat ist gleichgültiger denn je, eine Passivität, wie man sie kaum für möglich gehalten; stehen doch viele heute noch auf dem Standpunkt, was brauchen wir organisiert zu sein, helfen wird uns doch keiner und der einzelne steht den Verhältnissen ja doch machtlos gegenüber. Wodurch nun war es möglich, daß derartige Gedankengänge aufkommen konnten? Nun das zu beantworten, sollte nicht schwer fallen. Nehmen wir als erstes die SPD. mit ihrem Anhang, was in diesem Falle die freien Gewerkschaften sind. Was schreiben und predigen sie, — Volksstaat — Demokratie — Sozialisierung usw., und was ist geschehen? Es kam ein Abbau der Löhne, Verschlechterung der Sozial-einrichtungen, eine Verelendung der Masse setzte ein, wie man es kaum für möglich gehalten, und all das geschah mit Zustimmung der SPD., und die Gewerkschaften erklärten, die Masse müsse diese Opfer bringen, um zur Verbilligung der Produktion beizutragen. Arbeit sollte dadurch geschaffen werden für die schon seit Jahren aus dem Produktionsprozess Ausgestoßenen, Opfer müßten gebracht werden im Interesse des Staates, hieß es, die Arbeiter müssen sich auf den Boden der Verfassung stellen, müssen ein Interesse daran haben, das Erreichte zu halten und weiter auszubauen. Nun Kolleginnen und Kollegen, was ist erreicht worden? 6 Millionen Erwerbslose, Hunger, Not und Elend, wie es noch nie der Fall war. Der Kapitalismus, der heute frecher denn je sein Haupt erhebt, trotzdem er dem Untergang mit Riesenschritten entgegengeht, hat mit Hilfe der SPD. und ihren Gewerkschaften nochmals eine Atempause erhalten auf Kosten des Proletariats. Den Arbeitenden wurden Opfer über Opfer auferlegt, und in den Reihen der breiten Masse herrschte Not und Elend. Dieses Elend wird sich weiter steigern, solange die Masse gleichgültig und passiv den Verhältnissen gegenübersteht. Der Kapitalismus räumt nicht freiwillig das Feld, und für ihn gilt noch immer das alte Schlagwort, Profit, Profit und wenn es dabei über Leichen geht. Eine zweite Frage ist, daß die Massen erkennen lernen müssen, daß wir Klassenkampforganisationen brauchen für den wirtschaftlichen Existenzkampf, der die Grundlage für den Endkampf zur Beseitigung des kapital-

istischen Profitsystems bildet. Wir brauchen daher Gewerkschaften, welche auf revolutionärer Grundlage aufgebaut sind und ihr selbständiges Eigenleben haben; daß diese freien Gewerkschaften nicht mehr auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, ist eine unbestrittene Tatsache; hatten wir uns die Zeit von 1918—1932 vor Augen, dürfte der Beweis voll und ganz erbracht worden sein. Wenn wir nun aber die darin in Frage kommende Arbeiterpartei, die KPD., vom Standpunkt des Klassenkampfes und vom Standpunkt der Gewerkschaftsfrage aus betrachten, dann müssen wir sagen, daß sie es nicht verstanden hat, der Masse gegenüber als Führerin voranzugehen. Sie hat sich als politische Partei auf Grund ihrer Einstellung in der Gewerkschaftsfrage der SPD. und den freien Gewerkschaften gegenüber isoliert, weil sie noch immer daran glaubt, die Gewerkschaften erobern zu können, und nur dadurch war es möglich, daß man derartige Verhältnisse schaffen konnte und die breite Masse völlig zu Grunde gerichtet wurde. Hätte man, was man im Jahre 1923 von Seiten der KPD. erkannte, aufrecht erhalten, nämlich den freien Gewerkschaften revolutionäre Gewerkschaften entgegenzusetzen, dann wäre nicht möglich gewesen, was 1932 das Proletariat über sich ergehen lassen mußte. Januar 1932: Die Löhne werden durch Notverordnung auf den Stand von 1927 herabgesetzt. Abbau der Kriegsbeschädigten und Witwenrenten, Abbau im Krankenkassenwesen. (Krankengeld nur Regelleistung und Krankenschein- und Arznei-scheingebühr). Verlängerung der Tätigkeit der Betriebsräte um ein Jahr und alle Wahlen zu sozialen Körper-schaften werden um ein Jahr hinausgeschoben. Das war der Anfang des Jahres 1932. Dann kam die Reichspräsidentenwahl, und was erlebten wir? Wer Hindenburg wählt, schlägt Hitler, wofür auch die Führer der freien Gewerkschaften eintraten, das war März 1932. — April 1932: Landtagswahlen, der japanische Imperialismus bricht in China ein, die Kriegs- und Rüstungsindustrie feiert Triumphe. Juni 1932: Fünf Notverordnungen. Abbau der Arbeitslosenunterstützung, Abbau der Alters- und Invalidenrenten, Abbau der Unfallbeschädigten, aber im Gegensatz dazu: die Steuern der Besitzenden werden um 20 Prozent gekürzt, den Hauswirten wird ein größeres Verfügungsrecht eingeräumt. Die Sätze der Wohlfahrtsempfänger werden abgebaut. Juli: Staatsstreik durch Fortjagung der preussischen SPD.-Regierung. August: Die braune Mordpest wüthet, mehrten linksstehende Arbeiter sich dagegen, so wurden sie mit Zuchthausstrafen bedacht. September: Erneuter Abbau der Löhne, abermalige Erhebung der Bürgersteuer für 1932, Arbeitsdienstpfllicht tritt auf den Plan. Oktober: Beseitigung der Hauszinssteuerermäßigung, abhängig von der Bedürftigkeitsprüfung.

Über die Stellung Lenins und der Bolschewiki zu den Strömungen in der 2. Internationale vor dem Kriege.

In diesen Tagen, an denen das internationale Proletariat seiner großen revolutionären Führer Lenin, Luxemburg und Liebknecht gedenkt, ist der Kampf um das theoretische Erbe, das sie den Kommunisten hinterlassen haben, auf der ganzen Front entbrannt.

In den Reihen der deutschen Kommunisten wurden die Fragen nach diesen historischen Erben in den letzten Wochen dadurch brennend, daß von dem bisher unbekanntem „Theoretiker“ Kurt Sauerland, dem Chefredakteur von Münzbergers Zeitschrift „Der Rote Aufbau“ ein Buch herausgegeben wurde, betitelt „Der Dialektische Materialismus“, in dem eine Reihe der größten Geschichtsfälschungen und schreiende theoretische Irrtümer aufgefischt wurden. Sauerland betrieb sich dabei fast in allen seinen Behauptungen auf Stalin, und zwar auf den bekannten Brief, den Stalin im November des vorigen Jahres an die Redaktion der theoretischen Zeitschrift „Proletarskaja Revoluzija“ gegen eine Veröffentlichung des Parteihistorikers Sluzki gerichtet hat.

Dadurch wuchs die Diskussion der ganzen Fragen, die Sauerland in seinem Buche aufwarf, über die deutschen Parteigrenzen hinaus und wird jetzt zu einer Diskussion in den aktiven Kaders der Komintern, besonders der deutschen, russischen, tschechischen und anderer Sektionen.

In die Diskussion hat auch der Schriftleiter der offiziellen Zeitschrift der Komintern, der „Internationalen Pressekorrespondenz“ (Inprekorr) Genosse Julius Alpari eingegriffen, der das Buch Sauerlands einer vernichtenden Kritik unterwarf, während der bekannte Theoretiker der KPD., Karl L. Wittfogel, das Buch leidenschaftlich verteidigt. Die Diskussion griff dann auf die „Hamburger Volkszeitung“ über, die den Artikel Alparis zustimmend veröffentlichte und die öffentliche Diskussion über das Buch eröffnete. Das veranlaßte das ZK. der KPD. an alle Parteiblätter folgende Weisung durchzugeben:

PresseDienst N. 286 Blatt 22 7. 12. 32.

An die Redaktionen!

In Angelegenheit des Buches von Sauerland müssen alle Veröffentlichungen (auch Artikel „In ideologischer

Offensive“) unterbleiben, bis die Stellungnahme des Sekretariats erfolgt.

Bis zum heutigen Tage, das ist mehr als 4 Wochen nach diesem internen Rundbrief des ZK. an die Parteipresse ist keine offizielle Stellungnahme des Sekretariats erfolgt. Alles wartete angstvoll was Moskau sagen wird, wo das Buch inzwischen ins Russische übersetzt wird und wo Stalin nach der Uebersehung sein Urteil abgeben wird. Bis dahin ist Schweigen Pflicht.

Wir sind der Meinung, daß es die Pflicht aller Kommunisten ist, nicht auf Entscheidungen irgendwelcher Instanzen zu warten, sondern daß sie ihre kritische Selbständigkeit im Denken und Urteilen dadurch ausdrücken, daß sie sich ein Urteil in diesem Streite bilden, wo es um die Grundfragen der Geschichte des Kommunismus, insbesondere der deutschen Linken (Rosa, Karl) geht.

Um die Stellung Sauerlands richtig zu verstehen, ist es notwendig, zunächst jene Fragen zu überprüfen, die Stalin vor einem Jahre in seinem Brief gegen Sluzki aufgeworfen hat. Denn ohne diesen Brief ist das ganze Buch Sauerlands nicht zu verstehen.

I. Der Stalinbrief und seine programmatische Bedeutung.

Wir beschränken uns hier auf die Wiedergabe der Leitideen des Briefes Stalins gegen Sluzki in der Zeitschrift „Proletarskaja Revoluzija“. Stalin stellt dort folgende Thesen auf:

- Sluzki behauptete, daß Lenin die Gefahr des Zentrums in der SPD. unterschätzte. Stalin bezeichnet diese Darstellung als Fälschung.
- Die Redaktion der „Proletarskaja Revoluzija“ beabsichtigte, das Problem der Beziehungen der Bolschewiki zu der II. Internationale wissenschaftlich zu untersuchen. (Redaktionsklärung vom 20. 10. 1931). Stalin antwortete darauf: „Dies bedeutet, daß ihr beabsichtigt, von neuem eine Diskussion über Fragen aufzurollen, die für den Bolschewismus Axiome sind.“
- Sluzki behauptete, daß Lenin vor 1914 in der II. Internationale nicht die Linie des offenen Bruches einschlug. Stalin antwortet: „Jeder Bolschewik, der wirklich ein Bolschewik ist, weiß, daß Lenin schon lange vor dem Krieg, etwa seit 1903/1904, als sich in Rußland die Gruppe der Bolschewiki bildete und die Linken in der deutschen Partei zum ersten

Mal von sich hören ließen, eine auf den Bruch, die Spaltung mit den Opportunisten bei uns, in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands und dort in der II. Internationale, besonders in der deutschen Sozialdemokratie, gerichtete Linie führte.“

a) Sluzki behauptete, daß Lenin die deutschen Linken nicht genügend unterstützte.

Stalin beantwortet diesen Vorwurf damit, daß er den deutschen Linken vorwirft, in den entscheidenden Fragen versagt zu haben:

- Sie waren gegen die Spaltung 1903 (Luxemburg und Parvus).
- 1905: Stalin schreibt: „Die Bolschewiki vertraten den Gedanken des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft, unter der Hegemonie des Proletariats. Die Bolschewiki behaupteten, daß man die Sache zur revolutionären, demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft freiben müßte, um dann von der bürgerlich-demokratischen Revolution sofort zur sozialistischen Revolution überzugehen, bei Sicherung der Unterstützung seitens der Dorfarmut. . . . Parvus und Rosa Luxemburg? Sie verfaßten ein utopisches und halbwissenschaftliches Schema der permanenten Revolution (eine verunstaltete Darstellung des Marxschen Schemas der Revolution) durchdrungen von der menschewistischen Leugnung der Politik des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft und stellten es dem bolschewistischen Schema der revolutionären demokratischen Diktatur entgegen.“
- Die deutschen Linken erkannten nicht die revolutionäre Bedeutung des nationalen Freiheitskampfes in den Kolonien.

Es ist klar, daß sich aus dieser Darstellung Stalins — vorausgesetzt, daß sie zutrifft — folgende Konsequenzen ergeben:

Im Gegensatz zu März, der eine sichtbare innere Entwicklung durchläuft, als deren Endergebnis das wissenschaftliche System des Marxismus entsteht, springt der Leninismus plötzlich 1903/04 aus dem Kopfe Lenins und weist keine innere Entwicklung mehr auf.

Ange-sichts dieser „Geburt des Leninismus“ ist eine Untersuchung der einzelnen Entwicklungsetappen der

November: Neuwahl des Reichstags, hervorgerufen durch die weitere Zuspitzung der wirtschaftlichen Krise, W.G.-Streik, und dann Dezember: Papen muß gehen, die Militärkaste tritt offen hervor, aber Weihnachten 1932 wird erneut der Burgfriede verkündet und somit Friede und den Menschen ein Wohlgefallen. All das haben die freien Gewerkschaften gut geheißt, die K.P.D. ruft hinein in die freien Gewerkschaften und merkt noch immer nicht, welchen Verrat sie an den Massen vom Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes begangen hat und noch begeht. Darum sagen wir, die im Bund revolutionärer Industrie-Verbände vereinigten Organisationen sind das Fundament einer revolutionären Gewerkschaft, die keiner Partei zu unterstellen sind und die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehen. Darum graphische Arbeiter und Arbeiterinnen, ein Jahr des größten Betruges ist vorüber, wollen wir weiterhin alles über uns ergehen lassen und am Schlusse des Jahres 1933 noch tiefer in Not und Elend geraten sein? Wer den revolutionären Willen hat, zum Kampfe gegen seine weitere Verelendung, der gehört in eine Klassenkampf-gewerkschaft, der reißt sich ein in den Industrierverband für das graphische Gewerbe.

(Ankunft und Erledigung organisatorischer Fragen: Montag, Mittwoch und Freitag von 4-7 Uhr, im Büro, Kommandantenstr. 63/64 3 Tr., Zimmer 5. Der Vorstand.)

Satt werden mit wenig Geld.

Diese Ueberschrift trägt eine vom Reichsverein für Volksernährung herausgegebene Broschüre, die gegenwärtig an den Schulen zur Verteilung gelangt und sich als Ernährungswegweiser bezeichnet. Sie muß als eine Verhöhnung der nothleidenden Menschheit bezeichnet werden, da in dieser Broschüre versucht wird, der Arbeiterfrau klar zu machen, daß man bei 8 Mark Wohlfahrtsunterstützung noch Geld sparen kann. Dort heißt es, man kann sich mit verhältnismäßig viel Geld unterernähren, man kann dagegen mit wenig Geld satt werden und sich dabei so ernähren, daß der Körper gesund und leistungsfähig bleibt. In der Bevölkerung sei vielfach das Vorurteil, daß eine gesunde Ernährung auch teuer sein müsse, das sei ein Irrtum. Der menschliche Körper benötige, um seine Funktionen regelmäßig und ohne Störungen erfüllen zu können, also um gesund zu bleiben, ganz bestimmte Mindestmengen der einzelnen Nährstoffe. Diese können im allgemeinen mit wenig Geld beschafft werden. Die Herren dieser Broschüre scheinen aus dem Lager jener Kreise zu stammen, die uns in der herrlichen Zeit des Stahlbades, der gewissen Kreisen ja wie eine Badekur bekommen sein soll, immer wieder erklärten, deutscher Arbeiter, du mußt mit noch weniger auskommen, da unser armes Vaterland nicht soviel Luxus und Wohlleben vertragen kann. Man ließ das arbeitende Volk bei Steckrüben und 50 Gramm Schmalz pro Woche schwere Arbeit leisten, man ließ das Volk stundenlang nach wenige Gramm Fett anstehen, während die Nutznießer des Krieges, die Munitions- und Militärlieferanten alles zum Schlemmen und Prassen hatten, während Er, der jetzt in Dorn ein behagliches Leben auf Kosten der deutschen Steuerzahler führt, in den Kellern des Berliner Schlosses Taufende von Zentnern Butter, Speck, Schinken, Reis, Mehl und Konserven aufstapelte. Es ist bezeichnend, daß gerade in der Zeit, wo die Lage der Betriebsarbeiter infolge der Hungerlöhne immer schlechter wird, wo die Lebensverhält-

nisse der Millionen Erwerbslosen mit ihren Familien katastrophal dazu führen müssen, daß ein Drittel des Volkes an Unterernährung zu Grunde geht, weil sie sich nicht das zum Leben notwendigste mit den wenigen Unterstützungspfennigen kaufen können, gerade in dieser Zeit der Ruf erschallt, der deutsche Arbeiter ist zu viel und zu gut. Die Leipziger Professoren Hünge und Kruse erklären, wir (damit ist natürlich nur die Arbeiterklasse gemeint) müssen, wenn das deutsche Reich wieder gefunden soll, zurück zur Kriegsernährung. Der Berliner Stadimedizinrat Professor v. Drigalski empfiehlt den stärkeren Gebrauch der nach seiner Meinung so trefflich schmeckenden Rundial und Wasserrübe für die Ernährung. In der erwähnten Broschüre werden dann 142 Kochrezepte angeführt, die natürlich alle ohne Butter zusammengeestellt sind, und wird nochmals betont, daß vielzuviel für Essen ausgegeben wird.

Also können die Unterstützungssätze, kann der Lohn noch weiter abgebaut werden, denn deutscher Michel, du gibst zuviel für Essen aus. Angesichts der nicht abzuleugnenden Tatsache der ständigen Zunahme der Lungentuberkulose, Englischen Krankheit, angesichts des Luftstrens von Skorbut und Hungertypus finden deutsche Wissenschaftler den Mut, davon zu sprechen, daß der deutsche Arbeiter zuviel und zu gut ist. Gerade diese sind es, die streng darauf achten, daß sie sich nicht mit Wasserrüben, sondern mit den

schönsten und besten Speisen, die der Arbeiter sich noch niemals leisten konnte, gesund erhalten und die meistens in teure Bäder fahren müssen, um Entfettungskuren zu machen, die ihren Körper durch feuerste Kuren und Sanatoriumsaufenthalt gesund erhalten, was oftmals in ein paar Wochen mehr Geld kostet, als der Arbeiter das ganze Jahr für sich und seine Familie zum Lebensunterhalt ausgeben kann.

Proleten sollen sich bei Kartoffeln, Hering, Wasserrüben, amerikanischem Schmalz und minderwertiger Margarine, die man ihnen im Interesse der Junker jetzt auch noch durch den Beimischungszwang verteuert, gesund erhalten und wenns nicht klappt, dann mögen sie eben verrecken, dann spart der Staat noch die Wohlfahrtsunterstützung: alles zur höheren Ehre dieser herrschenden Klasse, die lieber das Getreide vernichten läßt, als es den hungernden Volke zu billigen Preisen zuzuführen.

Ihre Profitgier schreckt nicht vor Vernichtung des Volkes zurück.

Arbeiterklasse, wann wirst du diese Schmach von dir wälzen, wann erkennen lernen, daß du es bist, der alle Werte schafft und daher auch ein Recht zum menschlichen Leben hat.

Erwache Volk, erwache.

Schiffbau-Industrie-Verband

Berlin-Lichtenberg, Kantstraße 11.

Geemannsloß.

Die Ozeanriesen, die den Verkehr zwischen Europa und den anderen Kontinenten vermitteln, und die man mit schwimmenden Städten vergleichen kann, scheinen in letzter Zeit scheinbar von einem Unglücksstern verfolgt zu werden. Es ist noch gar nicht allzu lange her, als wir erfahren mußten, daß der derselben Linie wie der jetzige Unglücksfall betreffende Luxusdampfer, der französische Dampfer „George Phillipar“ von einer Feuerbrunst vernichtet wurde, bei dem mehr denn 100 Menschen ihr Leben lassen mußten.

Jetzt ist das zweitgrößte Schiff der französischen Handelsmarine, der 40 000 Tonnen Passagierdampfer „Atlantique“ ebenfalls durch ein Feuer auf der Reise von Bordeaux nach Le Havre vollkommen zerstört. Von der 225 Mann starken Besatzung mußten 19 bei diesem Brande ihr Leben lassen. Nicht auszudenken wäre der Verlust an Menschenleben, wenn dieses Schiff, das 1300 Passagiere aufnehmen kann, auf seiner regulären Tour mit Passagieren besetzt gewesen wäre. Diese waren jedoch schon ausgeschifft und sollte das Schiff ins Trockendock nach Le Havre überführt werden. Trotzdem nach Angabe der Reederei dieses Schiff mit den modernsten Löscheinrichtungen versehen war, war es nicht möglich, des Feuers Herr zu werden. Die Besatzung kämpfte gegen das Feuer, bis die Blut auf dem brennenden Dampfer so unerträglich wurde, daß zahlreiche Matrosen durch Rauch und Hitze ohnmächtig wurden. Die Gewalt des Feuers war stärker als modernste Technik und menschliche Kraft. Der Kapitän versuchte durch äußerste

Kraftanstrengung der Maschinen noch einen Hafen zu erreichen, doch umsonst. Um 6 Uhr mußte er den Befehl geben. Alle Mann von Bord. Ein Teil der Rettungsboote war schon verbrannt, einem Teil der im Maschinenraum befindlichen Heizer war es nicht mehr möglich ins Freie zu kommen und mußten sie den grauenvollen Verbrennungstod bei lebendigem Leibe erleiden. Zum Glück waren verhältnismäßig schnell Rettungsschiffe in der Nähe.

Die Erregung über den Brand der Atlantique ist in der französischen Bevölkerung ungeheuer, um so mehr, da der Verlust des Georges Phillipar noch in frischer Erinnerung ist, um so mehr, da die merkwürdigen Regelmäßigkeiten der erfolgten Schiffsbrände in der französischen Handelsmarine in den letzten Jahren geradezu auffallend sind.

Am 31. Dezember 1928 wurde im Hafen von Marseille der Dampfer „Paul Lecat“ durch Feuer zerstört. Am 18. August 1929 geriet im Hafen von Le Havre der Dampfer „Paris“ in Brand; das ganze Mittelschiff wurde vernichtet. Am 21. Mai 1930 versank im Kofen Meer der Postdampfer „Alfa“ brennend in den Fluten. Am 8. Oktober 1931 geriet bei der Ausfahrt aus Marseille der Postdampfer „Lamarine“ in Brand und konnte nur mit Mühe gerettet werden. Die Jahre 1932 und 1933 setzen die Serie mit dem „Georges Phillipar“ und der „Atlantique“ fort.

Das Vertrauen zur französischen Schifffahrt ist dadurch schwer erschüttert. Eine strenge Untersuchung über etwaige Konstruktionsfehler muß unbedingt erfolgen. 19 Seeleute fanden hierdurch ihren Tod.

Leninschen Politik unstatthaft, die Wichtigkeit dieser Politik in allen Etappen ist ein Axiom. Damit hat der Leninismus — nach Stalin — das Gesetz der dialektischen Entwicklung für sich aufgehoben. Er reifte nicht aus, sondern er wurde vollendet geschaffen, seine Entwicklung verläuft nicht in inneren Widersprüchen, er besitzt überhaupt keine Entwicklung, sondern stellt eine Kette von „Axiomen“, von absolut gültigen Offenbarungen dar.

Es ist kein Zufall, daß die Schule Stalins nunmehr auch den Nachweis zu erbringen sucht, daß der Leninismus auch eine neue Etappe in der Philosophie des Marxismus darstellt.

II. Der Stalinsche Dogmatismus im Lichte der Geschichte.

a) Lenin und die russische Spaltung von 1903.

Die Spaltung auf dem Londoner Parteitag (1903) war für Lenin keine endgültige. Auf die Spaltung folgte die Wiedervereinigung und die wirkliche und endgültige Spaltung erfolgte erst mit der Prager Konferenz der Bolschewiki 1912.

b) Lenin und die II. Internationale.

Aus der Tatsache, daß Lenin erst 1912 die endgültige Trennung von den Menschewiki vornimmt, daß er nicht früher den Kurs auf einen Bruch in der II. Internationale einschlagen konnte. In Wirklichkeit trifft es zu, daß Lenin das Abgleiten der Gruppe Bebel-Kautsky von den Positionen des revolutionären Marxismus unterschätzte und daß er die große, geschichtliche Bedeutung des Kampfes der deutschen Linken, vor allem Rosas gegen Kautsky nicht voll erfaßte. Er hat nicht nur Kautsky nicht seit 1903/04 bekämpft, sondern ihn als seinen Lehrmeister betrachtet. So schreibt Lenin 1905 („Zwei Taktiken“):

„Wo und wann nannte ich den Revolutionismus Bebels und Kautskys „Opportunismus“? Wo und wann beabsichtigte ich die Gründung irgendeiner besonderen Richtung in der internationalen Sozialdemokratie, die nicht identisch ist mit der Richtung Bebels und Kautskys? Wo und wann traten Differenzen zwischen mir einerseits und Bebel und Kautsky andererseits auf?“

Lenin hielt bis zum Kriegsausbruch die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit — trotz ihrem opportunistisch-revisionistischen Flügel um Bernstein — für eine revolutionäre Partei. Trotzki berichtet von einem Brief Lenins an Rabek, der bisher offiziell nicht veröffentlicht wurde,

in dem Lenin im Streit Luxemburgs mit Kautsky in den Jahren 1910—1914 (Rüstungsbeschränkung, intern. Schiedsgericht) auf der Seite Kautskys steht.

Wie dem auch sei, sicher ist jedenfalls, daß Lenin den Verrat der SPD am 4. August 1914 für unmöglich und die entsprechende Kriegsdeklarations-Nummer des „Vorwärts“ für eine Fälschung der wilhelminischen Regierung hielt.

In einem Brief an A. Schlapnikow, schreibt er am 27. 10. 1914:

„Kautsky hasse und verachte ich jetzt ärger als alle... Rosa Luxemburg hatte recht, die längst begriffen hatte, daß Kautsky die „Bedientenhaftigkeit des Theoretikers“ hat.“ (Leninski Sbornik II. S. 200, zitiert bei Trotzki „Hände weg von Rosa L.“ „P. R.“ Nr. 15 vom 23. 8. 1932).

Aus alledem geht hervor — und ein sorgfältiges Quellenstudium der Artikel Lenins aus dieser Zeit wird es noch mehr erhärten — daß Lenins Standpunkt sich im Verlauf eines Jahrzehnts völlig gewandelt hat. Es bedurfte erst des 4. August, um ihm das wahre Gesicht des Kautskianismus zu enthüllen, das die deutschen Linken aus dem täglichen Kampf in der SPD. weit richtiger erkannt hatten.

Das alles aber hindert Stalin nicht, zu behaupten, Lenin habe seit 1903/04 den Kampf gegen Kautsky geführt und die Linken zur Spaltung vorwärts getrieben!

c) Lenins Position im Jahre 1905. (Zur Frage der demokr. Diktatur).

Stalin behauptete, die Bolschewiki strebten die demokratische Diktatur an, um von ihr „sofort“ zur proletarischen Diktatur überzugehen. Gerade das Gegenteil ist richtig! So schreibt Lenin über „revolutionäre demokratische Diktatur des Proletariates und der Bauern“ (14. 3. 1905 Wperjod):

„Wird der russische Absolutismus jetzt nicht mit heiler Haut davonkommen, ... sondern gestürzt werden, so wird offenbar eine gigantische Anstrengung der revolutionären Energien aller Klassen erforderlich sein, um diese Errungenschaft zu behaupten. Und dieses „Behaupten“ ist nichts anderes als die revolutionäre Diktatur des Proletariates und des Bauerntums! Je mehr wir jetzt erobern, je energischer wir das Eroberte schützen, um so weniger wird später die unvermeidlich kommende Reaktion uns nehmen können. ...“

Lenin rechnete mit einer revolutionär-demokratischen

Diktatur, wie sie der Konvent der Jakobiner 1792 war; er rechnete mit einer „unvermeidlichen Reaktion“ wie sie der Konventsdiktatur gefolgt ist.

Aber er hoffte, daß die radikale, demokratische Diktatur eine Restauration des Zarismus ausschließen wird, wie ja auch eine ernsthafte und dauernde Restauration in Frankreich unmöglich war (1815—1830). All das hindert Stalin nicht, zu behaupten, Lenin plante den sofortigen Uebergang von der demokratischen zur proletarischen Diktatur.

Hätte Lenin einen solchen sofortigen Uebergang für möglich gehalten, er hätte sich der Auffassung Trotzki und Luxemburgs angeschlossen, die erklärten, das russische Proletariat könne nicht bei einer demokratischen Machtteilung mit dem Bauerntum halt machen, sondern es müsse, gestützt auf das Bauerntum, seine eigene Klassendiktatur errichten und die demokratische Revolution in die sozialistische hinüberleiten.

Lenin hat 1917 bekanntlich seinen alten Standpunkt aufgegeben (Aprilkonferenz), Stalin aber, der aus Lenin einen Fetisch gemacht hat, ist gezwungen, diese innere Entwicklung Lenins und des Bolschewismus zu leugnen und einfach die Differenzen von 1905 in ihr Gegenteil zu verfallen.

III. Sauerland — die Karrikatur der Stalinschen Irrtümer.

Auf dem „theoretischen“ Fundament, das Stalin in seiner Polemik gegen Sluzki legte, hat Kurt Sauerland den Versuch unternommen, die Geschichtsphilosophie des Stalinismus zu „konkretisieren“.

Die Resultate, zu denen er bei diesem Versuch gelangte, sind so erschreckend, sie zeigen einen solchen theoretischen Tiefstand, ein derartiges Erstarren im schlimmsten Dogmatismus, daß der klügere Teil der Stalinschen Schule jetzt manövrieren muß; man gibt Sauerland preis, um Stalin zu retten. Wir kommen auf dieses Manöver, das vom Agitprop des Ekki ausgeht (Bela Kun) und seinen Niederschlag in einer Artikelserie der Inprekorr (Nr. 96, 97 usw.) findet (Sul. Alpari) noch zurück. Die Erklärung Sauerlands:

„Die richtunggebenden Ausführungen Stalins (gegen Sluzki. Anm. K.) auf die Fragen des dialektischen Materialismus anzuwenden, das habe ich mir im nachfolgenden als Aufgabe gesetzt. (S. 13.)

Die Ergebnisse, zu denen Sauerland kommt, erzwingen die Abgrenzung des Ekki, um Stalins Kompromittierung auch Sauerlands zu vermeiden.

(Fortsetzung folgt.)

Der Nebel kann beseitigt werden.

Der gefährlichste Feind des Seefahrers war von jeher der Nebel, alle Vorsichtsmaßnahmen, um die Gefahren des Nebels für die Schifffahrt zu beseitigen, konnten bisher nicht verhindern, daß alljährlich viele hunderte Schiffe durch Zusammenstöße usw. verloren gingen. Man hat Nebelhörner von erstaunlicher Reichweite und Lautstärke in Benutzung genommen, man hat mit Unterwasser-Schallsignalen und Radiopfeilern die Schiffe zu warnen versucht. Die Gefahren wurden zwar vermindert, jedoch niemals ganz beseitigt.

Aber die Technik hat sich durch die vielfachen Schlappen nicht entmutigen lassen und hat jetzt die Geheimnisse des Nebels entschleiert. Jetzt wissen wir, daß bei Nebelwetter die elektrische Aufladung der Atmosphäre sehr groß ist, und wir wissen auch, daß mit der Beseitigung dieser Aufladung der Nebel verschwindet. Die Versuche von Professor Wiegand (Samburg) haben gezeigt, daß man nur in die Nebel-massen Wasserstand mit elektrischer Aufladung hineinblasen muß, um den Nebel sofort zu 90 Prozent zu beseitigen; das Geheimnis besteht darin, daß die elektrische Aufladung des hineingeblasenen Wasserstaubes entgegengesetzt zu der des Nebels sein muß. Diese entgegengesetzten Elektrizitäts-quanten heben sich auf, und der Nebel kann zusammenfließen und verschwindet. Vorerst hat man nur die Möglichkeit, kleinere Fahrstraßen geringer Breite und Länge nebelfrei zu machen. In Zukunft wird man aber auf beliebig großen Strecken die Gefahren des Nebels beseitigen können.

Diese technische Erungenschaft in den Dienst der Wirtschaft zu stellen, ist zu begrüßen, werden doch zahlreiche Unglücksfälle gerade durch Zusammenstöße, Auflaufen infolge Nebels verursacht. Was wir jedoch dabei verurteilen müssen, ist, daß jede technische Erungenschaft zuerst in den Dienst der Menschenvernichtung gestellt wird, so auch hier. Daher hat man diese Erfindung der Beseitigung des Nebels in den Dienst der Kriegsschiffe gestellt, um die Treffsicherheit der schwimmenden Kasernen, genannt Schiffe, durch Nebel nicht mehr beeinträchtigt zu wissen. Das ist der Widersinn einer Gesellschaftsordnung, denen im Interesse des Profites jedes Mittel recht ist.

Ortsgruppe Bremerhaven

Eine Schinderbude schlimmster Art.

Die Arbeit in den Fischbetrieben am Fischereihafen gehört zu den ungesundesten, denn durch das Hantieren in der scharfen Salzlake werden die Hände so zerfressen, daß sie an zu bluten fangen. Diese Arbeit wird durchweg von Frauen und jungen Mädchen ausgeführt. Der Tariflohn für diese Arbeit beträgt 37 Pfg. die Stunde, doch lassen die Unternehmer diese Arbeit meistens im Akkord ausführen. Bei der Firma Püh, Inh. Wollmeyer, sind die Zustände haarsträubend. Dort wird von den Arbeiterinnen verlangt, daß sie 2 Tonnen in der Stunde packen, dafür wird der färsliche Lohn von 50 Pfg. gezahlt, schaffen sie dieses nicht, wird ihnen Strafarbeit, wo sie nichts verdienen, zugewiesen, oder sie müssen diese Schinderbude verlassen. Damit das Hefttempo gesteigert wird, hat die Firma eine Anzahl Anstreiber angestellt. Der Schlimmste davon ist einer, der den Namen Totschläger erhalten hat, weil er sich brüskete, er schlage 5 Mann mit einem Schlag in die Ecke. Um sich beim Unternehmer eine gute Nummer zu verschaffen, verlangt er kurz vor Feierabend, daß die Frauen noch schnell einige Arbeiten verrichten sollen, die mindestens noch eine halbe Stunde dauern, wofür natürlich nichts bezahlt wird. Ausdrücke gegenüber den Frauen gebraucht dieser Kapitalknecht, die einfach nicht wiederzugeben sind. Ein gleiches Muster ist der den zweiten Geschäftsführer spielende Nazimann Suhl. Diese Soldknechte erblicken ihre Hauptarbeit darin, die Frauen, wenn sie sich im Ankleideraum zum Waschen befinden, zu belauschen, und wenn sie sich dieses verbitten, werden diese Knechte gemein. Als dritter dieser Helden in diesem Betrieb ist Bernhard Allerheiligen, eine Stahlhelmgröße, der den Frauen die Tonnen aufmachen soll, der aber niemals Zeit hat, wenn er gebraucht wird, der im übrigen seine Hände nicht zum Arbeiten, sondern nur zum Zigarettdrehen hat. Dessen Frau ist auch im Betrieb, diese hat die Aufgabe, die Akkorde zu drücken, indem sie 18-20 Tonnen den Tag packt, dies ist dadurch möglich, daß sie alle Vorteile genießt. Verbandszeug für die blutigen Hände müssen sich die Frauen selbst mitbringen, denn im Betriebe ist nichts. Auch beschäftigt man die Frauen mit Arbeiten, die absolut Männerarbeiten sind. Sie müssen die schweren Herings-tonnen aus den Kähen laden, die Männer schickt man nach Hause und läßt dafür die Frauen nach Feierabend die Kähe entladen. Dadurch hat der Unternehmer seine Arbeit für billigen Lohn, denn trotz des Ueberstundenzuschlags wird der Frauenlohn bedeutend billiger. So werden Arbeiter gegen Arbeiterinnen ausgespielt. Diese Absicht des Unternehmers muß zunichte werden, indem ihr in brüderlicher Solidarität mit allen im Betrieb Beschäftigten und mit den Erwerbslosen die wahre Einheitsfront schießt, nicht im gegenseitigen Kampf der Proletarier untereinander, sondern als Klasse der Unterdrückten gegen eure Unterdrücker. Im Klassenkampf gegen seine Unterdrücker braucht man den Zusammenschluß der Klassenkampfgenossen in Klassenkampforganisationen. Die freien Gewerkschaften sind zu Verbänden des Kapitals durch die Tolerierungspolitik ihrer Führer geworden, von ihnen ist kein Klassenkampf mehr zu erwarten. Die A.G.O. ist, das wird von ihren Führern selbst ausgesprochen, keine Gewerkschaft, sondern eine Nebenorganisation der Partei, die dem Diktat derselben unterworfen ist. Wir brauchen jedoch heute nötiger denn je selbständige Gewerkschaften als Rekrutierungsschulen für den gemeinsamen Kampf aller Unterdrückten

zur Beseitigung des verruchten Ausbeutungssystems. Daher schießt die Reihen, ihr Arbeiterinnen und Arbeiter von Bremerhaven und Umgegend, reißt euch ein in die revolu-

tionäre Gewerkschaftsfront, in die dem Bund revolutionärer Industrie-Verbände angeschlossenen Industrie-Verbände.

Industrie-Verband für das Metallgewerbe

Zentrale: Berlin, Kommandantenstr. 63/64, v. 3 Tr. — Fernsprecher: A 7 Dönhoff 3110

Betriebsräte-wahlen — Politik

Die in diesem Jahre stattfindenden Betriebsräte-wahlen stehen im Zeichen der größten wirtschaftlichen Krise und immer stärker zunehmenden Erwerbslosenzahl, welche auf Grund des Ausbeutungssystems der Arbeitgeber durch die Rationalisierung seiner Betriebe zurückzuführen ist. Was für eine Rolle spielen nun die Betriebsräte in dieser Frage. Sie als Vertreter der Arbeiter, sollten nun doch diejenigen sein, welche dem Arbeitgeber in dieser Abbauperiode ein Paroli zu bieten haben. Leider mußte man in sehr vielen Fällen das Gegenteil sehen, warum, die Betriebsräte der Betriebe, welche nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch ihren Standpunkt zu vertreten hatten, ließen das erstere fallen und sahen in den Betriebsräte-wahlen nur eine Feststellung ihres politischen Machtverhältnisses und vergaßen ganz und gar dabei, daß sie eine ganz andere Aufgabe zu erfüllen hatten, nämlich die Vertretung der Arbeiterklasse, ganz gleich welcher Richtung sie angehörten. Aus einem derartigen Spiel werden dem Arbeiter nicht Vorteile, sondern Nachteile erwachsen und der lachende Dritte ist der Arbeitgeber, welchem es ganz angenehm ist, daß die Arbeiter sich gegenseitig zerfleischen und er sich dadurch seine Taschen füllen kann. Nun diesem Treiben kann man ein Ende machen und wie, sagt uns die A.G.O., nämlich schießt die Front der Einheit. Jawohl, das wäre die Grundbedingung bei allen Aktionen, gegen unsere Feinde dem Kapital, aber man darf dabei nicht vergessen, daß nach den Wahlen dann die Einheitsfront nicht in Vergessenheit gerät, sondern man muß diesen Gedanken auch weitertragen, leider ist das bei diesem Gebilde A.G.O. nicht der Fall; denn sie vergaß nach allen gestarteten Aktionen, daß den größten Anspruch nach einem Siege, nicht den Mitgliedern der A.G.O. oder Einheitsverbänden zugesprochen werden mußte, sondern der großen indifferenten Masse, welche geschaffen wurde durch falsche Gewerkschaftstaktik der K.P.D. Wir als Industrieverbänder fragen den Gedanken der Einheit in uns, aber dieser Gedanke wurde uns zum Trugbild gemacht. Wenn man sich nun bei den Betriebsräte-wahlen auf den V. A.G.O.-Kongreß stützt, so müssen wir ganz offen sagen, daß sie kein Recht darauf haben, denn diese Beschlüsse haben sie schon einige Wochen später nach Beendigung verlegt. Denn in diesem heißt es auch: In den Ländern wo revolu-

tionäre Gewerkschaften existieren, sind dieselben auszubauen usw., leider richtete man sich nicht danach, sondern man schuf eigene Gewerkschaften und noch in einer Situation wo dadurch der Streik des Jahres 1930 verloren werden mußte, das heißt, man durchbrach die Einheitsfront der kämpfenden Arbeiter.

Also man soll sich nicht mit Federn schmücken, die ihnen nicht gehören.

Wir legen aber trotz alledem der Einheitsfront größte Bedeutung bei und werden uns nicht verschließen, wenn die Ehrlichkeit nicht verleßt wird, mit ihnen Hand in Hand gegen unsere Feinde zu gehen.

Auch einen Einheitsfrontgedanken fragen die reformistischen Gewerkschaften, wie dieser natürlich aussieht, brauchen wir wohl nicht bis ins kleinste zu erläutern, denn diese Einheitsfront heißt nach dem bekannten A.G.O.-Führer Tarnow: Arzt sein für das kranke Kapital und nicht Kampf-anfrage gegen die Ausbeuter der Arbeiterklasse. Man kann sich nicht Marxist nennen, wenn man konterrevolutionär ist und kein Interesse zeigt für die Verbesserung der Notlage der Arbeiter, sondern Verschlechterungen ihnen beschert durch die Tolerierungspolitik gegenüber der Reaktion.

Auch eine Nazi-partei geht bei diesen Betriebsräte-wahlen auf den Stimmenfang, man verspricht und verspricht und lügt, daß sich die Balken biegen.

Und man wird nach den Wahlen als Dank, daß man dieser Partei die Stimmen gab, ein wenig mit dem Dolch gekickelt, daß das Blut in Strömen läuft und dann als letzten Rest wird ihnen mit einem Absatz das Gesicht breit gefreken. Darum soll unsere Parole sein, schlagt den Faschismus mit allen Mitteln, welche ihn zu Gebote stehen.

Die Analyse dieser Betriebsräte-wahlen heißt: Stärkt die Front der revolutionären Industrieverbände, nur diese können Euch die Gewähr einer völlig unabhängigen Gewerkschaftsarbeit geben, tretet ein in den Industrieverband für das Metallgewerbe, gebt bei den Betriebsräte-wahlen, wo Liffen dieser Gewerkschaft aushängen diesen Kollegen Eure Stimme, nur diese können eine straffe Arbeit und gerechte Vertretung gegen das Arbeitgeber-tum gewährleisten, warum, weil sie nicht durch eine politische Partei sich in ihrer Arbeit behindern lassen.

Zu spät erkannt!

Der bestialische Mord an dem S.L.-Mann Henfisch, begangen von seinen eigenen Parteiangehörigen, hat gezeigt, wie weit die Faschisten Parolen der Führer der A.G.O. vom Körperrollen, Aufhängen, Abkillen in den Köpfen der Mitglieder dieser Partei schon Früchte getragen haben, und sich in den eigenen Reihen auswirkt. Dieser junge Mensch, der sich mit seinem ganzen Sein der Hakenkreuzbewegung angeschlossen, weil er glaubte, daß dieselbe eine ideale sei und auf Grund seiner Intelligenz in den geheimen Nachrichtendienst eingeweiht wurde, in Sachen, die in dieser Partei das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben und deshalb nun zuviel von den skrupellosen Machinationen dieser Volksbeglückter wußte, hatte sich, erkennend daß dort nicht alles so sei, wie er es im Anfang geglaubt hatte, bei dieser faschistischen Mordgesellschaft mißliebig gemacht und mußte, da er zuviel von den Plänen wußte, mundtot gemacht werden. Mit bestialischer Grausamkeit wurde dieses junge Menschenleben daher von seinen eigenen Kameraden vernichtet. Daß der herausgegebene Befehl so genau befolgt wurde, wirkt unwillkürlich die Frage auf, hat die faschistische Lehre überhaupt noch mit einer Parteipolitik etwas zu tun, oder ist dieselbe lediglich dazu angefan, Verbrecher und

Mörder zu züchten. Um so bedauerlicher ist daher, daß Millionen Menschen diesem System anhängen. Sehr treffend, aber leider zu spät erkennend, gab die Mutter dieses bestialisch Ermordeten bei der Beerdigung ihres Sohnes in der Dresdener Presse folgende Worte bekannt: Die Kreise, die meinen Sohn in einer jahrelangen Parteilichkeit bei der A.G.O. gehalten haben, betrachte ich als eine gesunkene Menschheit, ich bedaure unendlich, daß ich meinen Sohn nicht gewarnt habe, in diesen Kreisen zu verkehren, allen Müttern rufe ich in meinem unaussprechlichen Schmerz zu: Schützt Eure Kinder vor derartigen Elementen. Wir sagen in diesem Zusammenhang allen Proletariern und die Ermordungen in der Neujahrnacht von dieser Nazibrut bestrafen dies, nur der engste Zusammenschluß aller Proletarier ohne Unterschied der Partei und Gewerkschaftsrichtung in einer Klassenkampf-front zum Kampfe gegen Faschismus und Reaktion kann diesem Mordsystem einen wirksamen Damm entgegensetzen. Der engste Zusammenschluß in Klassenkampf-gewerkschaften, in die revolutionären Industrieverbände ist das beste Bollwerk gegen kapitalistische Ausbeutung und faschistische Mordwillkür.

Betriebsversammlung der AEG Brunnenstraße

Am Donnerstag, den 29. Dezember, fand eine Betriebsversammlung des J.V.f.d.M. der AEG, Brunnenstraße, statt. Es wurde in ihr die Frage der bevorstehenden Betriebsratswahlen besprochen; der Vertreter des J.V.f.d.M. schilderte in seinen Aufzeichnungen die Wichtigkeit der jetzigen Wahlen und die Bedeutung in der jetzigen Situation. Es wurde vom Referenten auch die Frage der Einheitsliste eingehend behandelt und forderte die anwesenden Kollegen auf, sich über diese wichtige Frage auszusprechen. Alle Kollegen beteiligten sich rege an dieser Diskussion und es wurde dort die Frage der schon einmal im Jahre 1931 gestarteten Einheitsliste behandelt und festgestellt, daß dort nach diesen Wahlen mit dem Einheitsgedanken und dem Zusammenarbeiten von Seiten der A.G.O. und G.M.B. Schindluder getrieben worden ist, und die Kollegen beschloßen deshalb, dieses abzulehnen und mit einer eigenen Liste zu kandidieren. Nach Erledigung der noch vorhandenen Betriebsangelegenheit forderte der Vertreter die anwesenden Kollegen auf, sich tatkräftig für die Liste des J.V.f.d.M. einzusetzen und der Naziliste als Schädlinge der Arbeiterbewegung den Denkzettel für ihre Verräterpolitik zu erteilen.

Darum Kollegen wählt am 18. Januar die Liste des J. V. f. d. M.

Jugend - Weihe - Kurse.

Die Gemeinschaft proletarischer Freidenker ersuchte uns Nachstehendes zu veröffentlichen:

Die Jugend-Weihe-Kurse zur Oster-Jugend-Weihe 1933 der Gemeinschaft proletarischer Freidenker beginnen.

Um alle proletarischen Eltern!

Im März verlassen Eure Kinder die Schule. Zum Abschluß der Schulzeit findet eine Feier statt. Nun tritt an Euch die Frage heran, welche Feier soll unseren Kindern die Schulzeit beschließen?

Ihr selbst habt lange mit der Kirche und ihren Einrichtungen gebrochen. Warum wollt Ihr dann Eure Kinder an dem Konfirmationsunterricht und der Einsegnung teilnehmen lassen? Weil es „Tradition“ ist? Nein! Ihr proletarischen Eltern dürft Eure Kinder nicht den Pfaffen ausliefern. Die Kinder sollen mit dem nötigen Rüstzeug den neuen Lebensabschnitt beginnen. Deshalb schickt sie zu den Vorbereitungskursen für die am 26. März 1933 im Hofe-Theater stattfindende Jugendweihe der Gemeinschaft proletarischer Freidenker, der ältesten proletarischen Freidenker-Organisation Deutschlands.

Die Anmeldung hierfür kann bei den Funktionären der G.P.F. in den einzelnen Bezirken und beim Genossen R. Zimmer, Berlin N, Gosland Str. 1, Laden, erfolgen.